

Dresdner Volkszeitung

Buchdruckerei: Deutscher Buchdruckerei & Co., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: O. A. Weinholtz, Dresden
und Carl Seitz, Chemnitz

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Besitzpreis einschließlich Dringelohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Kronen 1 R.
Einzelpreis 10 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schaffertzeitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25201. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Postleitziffer: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25201 und 13201.
Geschäftszeit: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25201 und 13201.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Kaufpreis. Grundpreis: 10 Pf. 50 mm breite Komparellseide
30 Pf. 50 mm lange Reihenpost 1,50 Mk. für austretende Be-
züge 30 Pf. und 2 Mk. Familienabonnement, Stellen- und Werberück-
sende 40 Pf. Rabatt. Für Belehrerlegung 10 Pf.

Nr. 233

Dresden, Mittwoch den 6. Oktober 1926

37. Jahrg.

Severings Rücktritt

Die Ernennung Grzesinski

Der preußische Innenminister, Genosse Severing, ist zurückgetreten. Sein Gesundheitszustand duldet keine längeren Aufschub dieses von ihm schon lange geplanten Schrittes. Aus der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Preußens wird uns zu diesem Ereignis geschrieben:

Als die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtags sich vor einigen Wochen mit der Frage des Nachfolgers für Severing beschäftigte, wurde in einem Teil der Parteipresse gegen sie der Vorwurf erhoben, daß sie treulos und unfeindlich gehandelt habe: nicht einen Erfolg für Severing hätte sie suchen dürfen, sondern die Voraussetzungen schaffen müssen, unter denen Severing, durch einen Kreis tüchtiger und zuverlässiger Mitarbeiter vor Überarbeitung geschützt, sein Amt noch recht lange weiterführen könnte. Diese völlig unberechtigten Angriffe beruhen auf mangelnder Kenntnis der Tatsachen, aber sie sind von vornherein enttäuscht. Nur sollte man glauben, daß umjene Freundschaft zu Severing nicht schwächer und nicht fälscher ist als die anderer Parteigenossen.

Die Tatsachen liegen so, daß Severing bei der Fraktion seit Jahren auf Befreiung von seinem Amt drängt. Jänner wieder und wieder haben wir ihn gendigt, gezwungen, sein Amt fortzuführen. Noch einmal, als er wenig gefrägt von seinem Urteil zielstrebig. Unter heftigstem Widerstreit hat Severing sich damals bereit erklärt, es noch einige Wochen zu versuchen. Aber nur, nachdem wir ihm in die Hand hatten versprechen müssen, nicht mehr in ihn zu dringen, wenn er auch diesen Versuch als gescheitert ansiehe. Das war zu Beginn der parlamentarischen Sommerpause der Fall. Seitdem stand Severings Rücktritt fest. Nur ganz besondere technisch-parlamentarische Schwierigkeiten haben ihn wider Willen gezwungen, über den letzten Termin hinaus, den er selbst gesetzt hatte, noch einige Wochen im Amt zu verharren.

Dabei kann ohne weiteres zugegeben werden, daß die personelle Zusammensetzung des Ministeriums des Innern seineswegs glücklich ist. In Anregungen unsicherseits bei Karl Severing, sich andre, zuverlässigeren Mitarbeiter zu suchen, hat es nie gefehlt. Vorschläge sind Dutzende gemacht, entsprechende Namen immer wieder genannt worden. Aber jeder begabte Mann, auch Karl Severing, hat den Fehler seiner Vorfahre. Severing ist zu treu und ein zu anständiger Charakter, als daß er sich leichtlich von einem alten Beamten trenne, und der Entschluß, einen Mitarbeiter noch langjähriger Dienstzeit zur Disposition zu stellen, ist ihm fast furchtbar schwer gefallen. Im letzten Jahre wollte Severing von solchen Anregungen überhaupt nichts mehr hören, weil er eben entschlossen war, zu gehen. Auch das hängt wieder mit seinen großen Vorzügen zusammen. Severing hat ein in ausgeprägtes Verantwortungsgefühl, daß, solange er Minister ist, die Sorge um Staat und Amt ihn keinen Augenblick auch im Urlaub verlassen hat. Nur von der Befreiung von dieser Verantwortlichkeit, die er heilig ernst nimmt, erwartet er Genehmigung und wird sie finden.

An dem Tage, an dem Karl Severing sechs Jahre lang das Amt des preußischen Ministers des Innern vermaakte, hat die preußische sozialdemokratische Landtagsfraktion ihm seine von Georg Solbe gemeinsame Büste als Ehrengabe überreicht. Sie wollte damit zum Ausdruck bringen, daß sie sich der einzigenartigen Leistung Severings voll bewußt war. Aber die Hochachtung, die selbst erbitterte politische Gegner ihm nicht verloren können, spricht noch deutlicher als alle Anerkennung der Freunde von dem, was Severing für den Wiederaufbau Deutschlands getan hat. Die Wiederherstellung eines geordneten und die Erhaltung eines freien Staatswesens verdanken wir neben Friedrich Ebert in erster Reihe Karl Severing. Wenn die Sozialdemokratie aus der preußischen Regierung nie hat verdrängt werden können, wenn dadurch Preußen zum Epipheler der Republik geworden ist, so ist das wiederum Severings großer persönlicher Leistung zu verdanken. Und es hat ganz gewiß noch nie einen Staatsmann vom Format Karl Severings gegeben, der sich durch persönliche Feindseligkeit, Neidenswürdigkeit und Argewogenheit so viel ehrliche Freundschaft erworben hat wie eben Karl Severing.

Eindeutigerweise ist der Abschied, den Karl Severing heute nimmt, nur eine etwas angedeutete Form von Urlaub. Er wollte, er mußte einmal von der Verantwortung des Amtes frei sein. Er wollte, er mußte einmal aus der Dresden herauskommen. So merkwürdig es dem Fernstehenden klingen mag, Karl Severing hat, seitdem seine Nerven nicht mehr die alte Freude hatten, unter den Freischlendern der Beamten und Dienstleuten schwer gelitten. Aber er hat und verbrochen, und wir glauben ihm, in einem Fauteuil wieder vollkommen frisch und gesund und zu jeder Dienst für die Partei bereit in unseren Reihen zu stehen.

Die Presse der Reaktion hat Severing verleumdet, solange er im Amt war. Sie bleibt der Lüge treu, da er aus dem Amt退居. Sie verbreitet die infame Verleumdung, Karl Severing gehe, um der Großen Koalition Platz zu machen. Dazu ist zu sagen: daß wir niemals auch nur im Traume davon gedacht haben, Karl Severing irgendeiner Koalition zu opfern, und daß selbst eine solche Ausmutung seit Jahr und Tag nicht mehr an und

herangetragen worden ist. Mit der Frage, ob die Regierung in Preußen auf die Basis der Großen Koalition gestellt wird, hat der Rücktritt Severings nicht das allermindest zu tun. Wenn die Volkspartei in letzter Zeit wegen ihres Wiedereintritts in die preußische Regierung vorgestellt hat, so mußte sie wissen und wußte sie, daß Otto Braun und Karl Severing, wie die Amtsträger, die sie innehaben, für uns überhaupt kein Verhandlungsgegenstand sind. Selbstverständlich wird Genosse Braun zum Nachfolger Severings sofort den besten Mann berufen, den die Sozialdemokratische Partei für diesen Posten zur Verfügung hat. Ob später einmal Verhandlungen über die Große Koalition stattfinden, steht auf einem ganz andern Blatt. Einzigweilen ist an die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Preußen noch niemand offiziell oder privat mit der Aufforderung herangetreten, über diese Frage erneut zu verhandeln. S. D.

Severing im Spiegel der Presse

„Der rote Mann — der Parteimann...“

D. Berlin, 6. Oktober. (Eig. Ztschr.) Die gelehrte Berliner Morgenpost beschäftigt sich ausführlich mit dem Rücktritt des preußischen Innenministers Severing. Von ganz besonderem Interesse sind dabei die „Führungszeugnisse“, die dem Scheitenden in der Rechtsopposition ausgestellt werden, in der er in den jüngsten Jahren seines Wirkens als Minister häufig unzählige Angriffe ausgesetzt war.

„Ohne Zweifel hat er“, schreibt die Deutsche Tageszeitung an der Spitze des eigenständigen politischen Ministeriums in Preußen ein ungewöhnliches Maß von Zielbewußtsein und Energie, vielfach zugleich von sozialer Klugheit, entwickelt. Darüber hinaus hat er in Eingefüllten auch staatspolitischen Sinn gezeigt. Im ganzen aber war und blieb Severing auch als Staatsminister bewußter und tüchtiger sozialdemokratischer Parteimann. Das zeigte er zunächst auf dem Gebiete der Personalpolitik.

Die Kreuzzeitung schreibt: „Er hat es fertig gebracht, die preußische Verwaltung ganz in sozialdemokratischen Sinne zu demokratisieren“. Seine Tätigkeit bestand in erster Linie darin, den Staatsbegriff, den mit Preußen verbunden, auszuüben und an seine Stelle ein von der Sozialdemokratie be-

herrschtes Regime zu setzen. In ihm befand die Sozialdemokratie ihre stärkste innerpolitische Machtposition, hatte doch die gesamte Staatsmaschine des Deutschen Reichs in der Hand und war deshalb auch für die Politik des Reiches ein entscheidender Faktor. So konnte sich seine Partei die Oppositionsstellung im Reich ohne Schädigung ihres mächtigen staatlichen Einflusses leisten. Mit Severing im Hintergrund konnte nichts passieren, das ihre innerpolitischen Machtpositionen entscheidend gefährdet hätte.“

Technisch äußert sich die sozialparteiliche Tägliche Rundschau. Severing war in seiner Ministerstellung jeder Punkt ein Parteimann, der auf die Kommunisten das Wort von den „politischen Kindern“ prägte, gegen die Organisationen der Rechten vorging. Das System Severing trat auf dem Gebiet der Personalfragen am deutlichsten in die Erde. Severings Personalpolitik ging von dem Standpunkt aus, die preußische Verwaltung mit Sozialdemokraten zu durchsetzen, ohne daß dabei die Große nach Befreiung und Emanzipation den Ausdruck gegeben hätte... Dabei braucht keineswegs verkannt zu werden, daß Severing ein Mann war, der sich mit erstaunlicher Intelligenz in die Höhe gearbeitet hatte, und der es verstand, seinen Willen durchzusetzen.

Die reaktionäre Presse bemüht sich natürlich aus politischen Gründen, Severing als einen zu roten Mann hinzustellen. Damit vergleicht man das allgemeine Lob, das die bürgerliche Presse den sächsischen Ministern Heldt, Müller und Genossen, die sich heute noch „die Sozialdemokraten“ nennen, dauernd spendet — und man spürt den Abstand, der zwischen einem Severing und diesen Leuten gähnt. Wieviel besser stünde die Arbeitsschaft Sachsen da, wenn die kapitalistische Presse genötigt wäre, diese ehemaligen sozialistischen Minister so zu behandeln und zu zensurieren wie Severing!

Grzesinski — Severings Nachfolger

D. Berlin, 6. Oktober. (Eig. Drucksbericht.) Entsprechend dem Vorschlag des Vorstandes der sozialdemokratischen preußischen Landtagsfraktion, dem die Fraktion heute vormittag zugestimmt hat, ernannte Ministerpräsident Braun den Berliner Polizeipräsidenten, Genosse Grzesinski, zum preußischen Minister des Innern.

Die Nutznießer des Volksopfers

Eine ungenügende Auflösung

Zus der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird und geschieben:

Das Sächsische Volksopfer hat dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium anordnungsgemäß am 30. September einen Schlussbericht überreicht, der von einem vereidigten Buchererwiter angefertigt ist. Aus diesem Bericht geht hervor, daß noch ein unbedeutender Fehlbetrag von 40.012 R. vorhanden ist. Die nicht bestimmungsgemäße Zuwendungen aus dem Mitteln des Volksopfers belaufen sich auf 58.729 R. Von den nichtbestimmungsmöglichen Zuwendungen sind Rückzahlungen erfolgt, insbesondere seitens des Wirtschaftlichen Nachrichtendienstes, des Stahlhelms, des Neuen Sächsischen Lehrerbundes, des Nationalen Klubs in Sachsen, des Jungdeutschen Ordens; während abgesehen von Einzelheiten, der Wettlauf, Wiling und der Hochschule für Deutschen Art noch keine Rückzahlungen getestet haben.

Einheitlich des Wirtschaftlichen Nachrichtendienstes des Verbundes Sächsischer Industriellen ist durch die Feststellungen des vereidigten Buchererwitors ermittelt, daß an diesen 6000 R. aus Mitteln des Volksopfers freigesetzt sind, die auch vom Wirtschaftlichen Nachrichtendienst zurückgestellt sind. Bei weiteren 2000 R. handelt es sich noch um Angabe des Wirtschaftlichen Nachrichtendienstes um ein persönlichem Darlehen von Dr. Reinhart, das der Wirtschaftlichen Nachrichtendienst Gegenforderungen gestellt macht. Verhandlungen wegen Rückzahlung auch dieses Betrags an das Volksopfer stehen noch. Weitere Zuwendungen an den Wirtschaftlichen Nachrichtendienst konnten nicht festgestellt werden. Der Vermögensbestand des Sächsischen Volksopfers beläuft sich bei Abschluß des Revisionsberichts auf 38.478 R., wogegen noch die Rückzahlungsforderungen gegen einzelne der Empfänger unzureichend zuwendung kommen.

Diese „amtliche“ Auflösung ist, wie nicht anders zu erwarten war, sehr lächerlich und unbeschreiblich. Sie bestätigt die Richtigkeit unserer Auffassung, daß auf diesem Wege eine volle Auflösung nicht zu erreichen ist und die wirklichen Empfänger der unterschlagenen Volksopfergelder nicht ermittelt werden können. Die Tätsigkeit des vereidigten Buchererwitors kann sich naturgemäß nur auf die Nachprüfung der vorhandenen Bücher erstrecken und auf diesenfalls Beträge, die durch diese Bücher — sei es beim Volksopfer, sei es beim Wirtschaftlichen Nachrichtendienst — gegangen sind. Die Gerichtsverhandlungen haben jedoch den Nachweis erbracht, daß dies nur bei dem geringsten Teil der unterschlagenen Beträge geschehen ist. Den weitans größten Teil hat Dr. Reinhart ohne irgendwelche Buchungen für „nationale Zwecke“ verwendet oder für sich verputzt. Eine Rekonstruktion dieser Vorgänge ist nur möglich durch eine Justiz, die durch Zeugenver-

nehmungen der Hauptbeteiligten und der „Bürgenden“, in erster Linie Dr. Reinhart, Wölfers und des damaligen Volksopferpersonals sowie der sonstigen Spitäler der „nationalen Gesellschaft“, die sich zu jener Zeit um Reinhart geschart hatten, die Lückenhaftigkeit der Buchführung zu ergänzen vermag.

Wie groß die noch vorhandene Lücke ist, geht daraus hervor, daß in der vorliegenden amtlichen Mitteilung die Summe der nicht bestimmungsgemäß erfolgten Zuwendungen sich auf 58.729 R. belaufen haben soll. Hierbei ist offenbar das von General Müller entnommene Darlehen von 10.000 R. und das weitere dem Geschäftsführer im Verbund Sächsischer Industriellen gewährte Darlehen in gleicher Höhe mit beigezogen. Die Gesamtsumme der Unterschläge beträgt jedoch nach Dr. Reinharts eigenem Geständnis 90.000 R. allein für „nationale“ Zwecke und 36.000 bis 40.000 R. für sich selbst. Bisher sind an das Volksopfer zurückgezahlt worden: vom Jungdeutschen Orden 2000 R., vom Neuen Sächsischen Lehrerbund 1000 R., vom Stahlhelm 900 R., vom Nationalen Klub 21.100 R. und vom Wirtschaftlichen Nachrichtendienst 6000 R.

Die Rückzahlung des Wirtschaftlichen Nachrichtendienstes ist deshalb von besonderem Interesse, weil davon hier in der Öffentlichkeit nichts bekannt gewesen ist. Wie man hört, soll diese Zahlung bereits im Frühjahr 1925 erfolgt sein. Also zu einer Zeit, wo man in weiten Kreisen vor dem Volksopferstand noch nichts wußte. Die Leitung des Wirtschaftlichen Nachrichtendienstes kann des Verbundes Sächsischer Industriellen nun jedoch schon damals über die unglaubliche Wirtschaft beim Volksopfer genau informiert gewesen sein, da sie sich bewegen gefühlt hat, diese 6000 R. dem Volksopfer zurückzuzahlen. Diese Tatsache wirft ein deprimierendes Licht auf die Bemühungen, den ganzen Standort trotz fehlendem unglaublichen Charakter nach Möglichkeit zu verschleiern. Noch nicht zurückgezahlt hat der Hochschuleitung Deutscher Art den schuldigen Betrag von 700 R. Im Hochschuleitung Deutscher Art sind bekanntlich die schlagenden Verbindungen der Technischen Hochschule vollständig vereinigt. Trotzdem ist es offenbar nicht möglich gewesen, diese lächerliche Summe durch die Verbindungen aufzubringen und damit endlich einer selbstverständlichen Pflichtpflicht zu genügen. Daß der Wettlauf und Wiling und sich noch unter den Schultern des Volksopfers befindet, kann niemand widernehmen. Ebensoviel ist bisher, soweit wir unterrichtet sind, eine Rückzahlung des Betrags von 400 R. erfolgt, mit dem Dr. Reinhart und Dr. Wölfers den befreiteten Hinsemann-Standort im Schauspielhaus finanziert haben.